



Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten

VERBAND DEUTSCHER STRASSENWÄRTER, Betriebsdienst, Technik und Verwaltung im öffentlichen und privaten Straßenwesen

gegründet 1895

Mitgliedsgewerkschaft dbb beamtenbund und tarifunion



An alle Landesvorstandsmitglieder,
Vertrauensleute und unseren
Mitgliedern zur Kenntnis

Informationen
zum
Aushang

Köln, 03. April 2017

Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen Infrastrukturgesellschaft Verkehr

Privatisierung der Autobahnen „durch die Hintertür“ weitgehend ausgeschlossen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Länder und der Bund haben sich nach langjährigen und schwierigen Verhandlungen am 14. Oktober und 8. Dezember 2016 auf eine Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems und auf Maßnahmen zur Verbesserung der Aufgabenerledigung im Bundesstaat verständigt.

Diese Neuregelung sieht durch Änderungen im Artikel 90 des Grundgesetzes die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft vor, um die Verwaltung sowie Bau und Betrieb der Bundesautobahnen in die Hände des Bundes zu legen.

Die Opposition im Deutschen Bundestag und andere Kritiker, wie der VDStra. und andere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, hatten bereits davor gewarnt: Die Einrichtung einer solchen Gesellschaft, welche die Tür für eine Privatisierung der Autobahnen öffnen könnte, führt zu erheblichen Verunsicherungen und Zukunftsängsten bei den Beschäftigten in den Straßenverwaltungen und Landesbetrieben.

In einem Erörterungsgespräch mit dem Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, MdB, Ministerialdirektor Dr. Stefan Krause – Abteilungsteiler Straßenbau – und Karl-Heinz Görrissen – Leitung Politische Planung, Koordinierung – wurde die aktuelle Entwicklung am 26. Januar 2017 im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in Berlin thematisiert.

Der Bundesvorsitzende Siegfried Damm und Bundesgeschäftsführer Werner Ege haben die dortigen Vorstellungen aus „erster Hand“ erhalten können und Problembereiche kritisch angesprochen.

Auch die durch den VDStra. mitinitiierte „Arbeitsgemeinschaft der Personalvertretungen der Straßenbauverwaltungen der Länder“, kam zum Schutze der Beschäftigten mehrfach zusammen. Hierbei konnten die Forderungen der Personalvertretungen und Gewerkschaften und offene Fragen erarbeitet werden.

Zu den nur unzureichend umgesetzten vereinbarten Transformationsprozessen in den Gesetzentwürfen des Bundes konnten den verantwortlichen Politikern in Bund und Länder diese dann vorgelegt werden. Insbesondere der Bundesrat hat am 10. Februar 2017 zu der gesetzgeberischen Umsetzung der Einigung vom Dezember 2016 umfassend Stellung genommen und sich dabei auch mit Fragen der Ausgestaltung und Organisation der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft befasst.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Bundesländer im Bundesrat erfolgreich dafür eingesetzt, die Bundesregierung aufzufordern, den sozialen Besitzstand sowie den Status der Beschäftigten zu garantieren und die Personalvertretungen umfassend am Umwandlungsprozess zu beteiligen.

Die Bundesregierung hatte in ihrer Gegenäußerung vom 14. Februar 2017 die Beschlüsse des Bundesrates im Wesentlichen abgelehnt. In Dialogforen mit den Personalvertretungen und Gewerkschaften wurden weitere gut begründete Argumente beraten und in einer Anhörung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zur Infrastrukturgesellschaft Verkehr am 27.03.2017 eingebracht. Es wurde kritisiert, dass die vereinbarten Leitlinien zur Reform der Bundesfernstraßenverwaltung in einigen Punkten nicht erfüllt seien. So wurde Ergänzungsbedarf unter anderem bei der grundgesetzlichen Regelung des Eigentums an Bundesautobahnen gesehen, um eine Beteiligung Privater an der geplanten Infrastrukturgesellschaft Verkehr unmittelbar und mittelbar auszuschließen.



Nach dem Meinungsaustausch im BMVI: Dr. Stefan Krause, Siegfried Damm, Minister Alexander Dobrindt, Werner Ege, Karl-Heinz Görrissen (von links)



VDStra.-Vertreter anlässlich eines Dialogforums im Deutschen Bundestag: Karsten Kirmse, Olaf Spriestersbach, Ingo Scheit, Thomas Plaszczyk, Ronald Braun (von links)



Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten

VERBAND DEUTSCHER STRASSENWÄRTER, Betriebsdienst, Technik und Verwaltung im öffentlichen und privaten Straßenwesen

gegründet 1895

Mitgliedsgewerkschaft dbb beamtenbund und tarifunion



Einen ersten Erfolg konnten die Koalitionsspitzen durch die Ergebnisse bei ihrem Treffen am Mittwochabend, dem 29.03.2017, vermelden. Zu später Stunde konnte dort vereinbart werden, dass auch über das Thema Bundesfernstraßengesellschaft gesprochen wird.

Es konnte im Koalitionsausschuss des Deutschen Bundestages eine kurze interne Vereinbarung ausgehandelt werden, die sinngemäß wie folgt lautet:

- **Der Beschluss der MPK vom 8.12.2016 wird bekräftigt.**
- **Bei der Gründung der Bundesfernstraßengesellschaft wird es keine Versetzung von Beschäftigten gegen ihren Willen geben.**
- **Für die Überleitung der Beschäftigten werden Überleitungstarifverträge angestrebt.**
- **Personalvertretungen werden in die Arbeit des Gremiums, das den Personalübergang begleitet, eng eingebunden.**
- **Es wird keine Privatisierung der Bundesfernstraßen geben. Der Beschluss der MPK regelt das unveräußerliche Eigentum der Infrastrukturgesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften im Grundgesetz.**
- **Eine Übertragung von Altschulden auf die Gesellschaft wird nicht erfolgen.**
- **Die Beschaffung im Rahmen von ÖPP erfolgt nur auf der Ebene von Einzelprojekten. Das bedeutet, dass ÖPP im Gesamtnetz und bei Teilnetzen ausgeschlossen ist.**
- **Der Bundestag wird bei der Gründung und Kontrolle der Gesellschaft eng eingebunden.**

VDStra.-Bewertung:

Wir begrüßen es als VDStra.-Fachgewerkschaft ausdrücklich, dass es den Koalitionspartnern der Bundesregierung im Interesse der Beschäftigten gelungen ist, einen mit den tariffähigen Gewerkschaften auszuhandelnden Überleitungstarifvertrag zu erwirken. Versetzungen gegen den Willen der Beschäftigten wird es damit nicht geben.

Auch begrüßen wir, dass die Personalvertretungen eingebunden werden, die den Personalwechsel in die Bund-Länder-Arbeitsgruppe begleiten.

Im Grundgesetz soll festgeschrieben werden, dass es keine Privatisierung der Bundesfernstraßen, wie das bereits für die Gesamtgesellschaft und die Bundesfernstraßen in den Gesetzesentwürfen verankert wurde, auch für die Tochtergesellschaften des Bundes geben wird.

Beim Thema ÖPP konnte immerhin im Koalitionsausschuss der Bundesregierung erreicht werden, dass es keine sogenannten Netz-ÖPP, geben soll, bei der die Planung, der Bau, Erhalt und Betrieb für das

Gesamtnetz oder Teilnetze im Rahmen von ÖPP beschafft werden. Außerdem gibt es die Absichtserklärung, eine parlamentsnahe Gesellschaft einzurichten, deren Gründung und spätere Arbeit durch den Bundestag kontrolliert wird.

Wie geht es weiter?

Durch diese Zwischenergebnisse sind die Beratungen der Koalitionsspitzen an einigen Stellen schon einen wichtigen Schritt vorangekommen.

Die Vereinbarung soll jetzt in die Verhandlungen der Berichterstatter der Koalitionsfraktionen einfließen. Über die Erklärung der Koalitionsspitzen hinaus soll erreicht werden, dass die Gesellschaft zwingend mit den Tarifpartnern einen Tarifvertrag aushandelt und die Absichtserklärung zur Einbindung des Bundestags mit konkreten Maßnahmen untermauert wird.

Gleichzeitig sind die Fragen nach der Kreditfähigkeit, der Haftung für die Schulden der Gesellschaft und der Rechtsform noch offen.

In den kommenden sechs Wochen werden die Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Bundesrat weitergehen.

Der aktuelle Zeitplan sieht vor, dass der Bundestag am 19.05.2017 über das Gesamtpaket der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und damit auch über die Bundesfernstraßengesellschaft abstimmen wird.

Nach wie vor sind aus Sicht des VDStra. eine große Anzahl von Fragen nicht beantwortet, u.a. auch wie in Folge einer Teilung des Personals zwischen Bund und Ländern, die Länder ihre Aufgaben mit dem übrigen klassifizierten Straßennetz zukünftig erfüllen können und welche konkreten Vereinbarungen wegen der Standorte zwischen Bund und Ländern getroffen werden.

Sobald neuere Erkenntnisse vorliegen, werden wir selbstverständlich unmittelbar informieren.

Mit kollegialen Grüßen

VDStra.-Fachgewerkschaft
-Bundesvorstand-

Siegfried Damm
Bundesvorsitzender

